

Der Massenmörder als Staatsretter.

Der frühere Gouverneur von Mindl und spätere Chef der Hauptgefangnisverwaltung, Generalmajor Kurloff, der am Tage der Proklamierung der Konstitution ein entscheidendes Wort in Mindl anrichtete, erlitten am 10. November zum ersten Male in der Duma, um als Vertreter des Ministeriums des Innern die sozialdemokratische Interpellation über die Verfolgung der Gewerkschaften zu beantworten. Mit derselben Schnelligkeit, mit der er seine Truppen gegen die friedliche Bevölkerung ins Feld geführt hatte, ritt er jetzt eine Attacke gegen die Sozialdemokratie, deren staatsgefährlicher, umstürzlerischer Charakter die Regierung zwingt, auch gegen die von sozialdemokratischem Geiste inspirierte Gewerkschaftsbewegung vorzugehen. Der Massenmörder als Verteidiger der Interessen des Staates, als Apologet der friedlichen Entwicklung unter der Herrschaft der Krone und des Geldes — das ist die neueste Glanzleistung des Regierungsbanditen an der Neva!

In ihrer Genossen hatten in ihrer Interpellation, die 1/2 Jahr in der Dumakommission „geprüft“ wurde, das Martyrium der russischen Gewerkschaftsbewegung an der Hand eines reichhaltigen Tatsachenmaterials aufgeführt. Vom 1. Juni 1907 bis April 1908 hatte die Administration in verschiedenen Städten 81 Gewerkschaften und 41 Gewerkschaftsorgane aufgehoben und 100 Mitglieder der Gewerkschaften verhaftet und ausgewiesen. Das Verbotsgesetz vom 17. März 1908, das die Regierung unter dem Druck der Arbeiterbewegung gegeben hatte, wurde von den örtlichen Satrapen in einer Weise gehandhabt, daß von der in kurzer Zeit blühend-entfalteten Gewerkschaftsbewegung nur traurige Überreste zurückblieben, die in ihrer Bewegungsfreiheit völlig gehemmt sind. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß im Jahre 1908 doppelt so viel Gewerkschaften geschlossen als neu registriert wurden, und daß die Zahl der organisierten Arbeiter in demselben Jahre von 103.000 auf 37.000 sank. General Kurloff hatte angesichts dieser Tatsachen die Stirn zu behaupten, daß für die Annahme der Interpellation kein juristischer Grund vorhanden sei, da die ungesetzlichen Handlungen der Administration auf dem Rechtsweg beanstandet werden könnten, und die Maßregeln, die auf Grund des Ausnahmezustandes getroffen wurden, als gesetzlich betrachtet werden müßten. Nachdem er sich so mit seinem „juristischen“ Gewissen abgefunden, ging er zu dem Hauptinhalt seiner Rede über, zur Darlegung des Standpunktes der Regierung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie. Gegen die Gewerkschaften als solche hat die Regierung natürlich nichts einzuwenden, sie ist bereit, diese zu dulden. Aber da die Sozialdemokraten ihre Aufmerksamkeit auf die Gewerkschaften gelenkt haben und, wie verschiedene sozialistische Resolutionen, vor allem die Stuttgarter Resolution über die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der Partei nachweisen, die Gewerkschaften der sozialistischen Partei unterordnen wollen, kann die Regierung die Existenz dieser Kampforganisationen der Arbeiterklasse nicht dulden. Wenn sie auch nichts gesetzwidriges begehen und im Rahmen ihres Statutes wirken, so bilden sie doch eine feste Gefahr für den Staat. Der logische Schluß hieraus ist: Anstatt zu warten, bis die Arbeiterklasse sich in den Gewerkschaften organisiert, von sozialdemokratischem Geiste inspiriert wird und zu Streiks und Aufständen übergeht, ist es besser, die Gewerkschaften zu schließen, wenn sich eine „genügende“ Anzahl Sozialdemokraten in ihnen angeammelt hat. Man müßte natürlich weiter gehen und sie überhaupt verbieten, aber dann würde die Regierung nicht die Möglichkeit haben, die „verbrecherischen Elemente“ mit sicherer Hand herauszufischen. Die Regierung — so schloß General Kurloff seine Rede — kämpft nicht gegen die Gewerkschaftsbewegung, sondern gegen die regierungsfeindliche Propaganda, die zum politischen Streik und hiernach zum Aufstand führen kann. Das Ministerium, das von seiner Pflicht vor dem Vaterland und dem Vaterlande durchdrungen ist, kann so etwas nicht dulden.

Genosse Polkowski widersprach dem Ministergehilfen. Während der Vertreter der Regierung, vor dessen polizeilicher Schnelligkeit selbst die Vertreter der bürgerlichen Parteien zurückflüchten, die Anarchie als Regierungssystem predigte, konnte der Sozialdemokrat sich auf das russische Gesetz berufen, um den Regierungsverstörer an den Pranger zu stellen. Er verbannte sich aber nicht hinter der „Gesetzlichkeit“. Dem polizeilichen Standpunkte des Regierungsverstörers setzte er den Standpunkt entgegen, daß die Sozialdemokratie das natürliche Band, das zwischen den politischen Organisationen des Proletariats und den Gewerkschaften besteht, keinesfalls ablenkt. Ein solches Band besteht, und man kann es aus dem einfachen Grunde nicht aus der Welt schaffen, weil die Gewerkschaften in ihren Ideen auf dem Standpunkte der Partei des Proletariats, der Sozialdemokratie, stehen müssen. Die Arbeiterklasse ist der natürliche Wirkungsbereich der Sozialdemokratie. Und die Regierung bekämpft die politischen Organisationen nicht darum, weil sie politische Zwecke verfolgen, sondern weil sie in der organisierten Arbeiterklasse ihren natürlichen Feind sieht.

Von den Parteien in der Duma drückten bloß die Rechten dem Ministergehilfen Beifall zu. Selbst das Dumazentrum war sich, trotz seiner Borniertheit, der Konsequenz seiner Haltung wohl bewußt. Hunderttausende von Arbeitern verfolgten die Verhandlungen in der Duma mit gespanntem Interesse, darum konnten sich selbst die Oligarchen nicht mit dem Standpunkte der Regierung solidarisch erklären. Allerdings hatten sie nichts dagegen einzuwenden, daß die Regierung gegen die „revolutionären Elemente“ in den Gewerkschaften scharf vorging. Aber sie betrachteten es im Interesse der

industriellen Entwicklung des Landes, im Interesse der Unternehmer als unbedingt notwendig, daß die „friedlichen“ wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse geduldet würden. Den Kern dieser Ausführungen bildete der Vertreter des Politbros, Mond, dessen Partei in Polen gelbe Gewerkschaften züchtet, um die sozialistische Arbeiterbewegung zu bekämpfen, mit den Worten aus, daß die Administration durch ihre Politik die Arbeiter auf den Weg der illegalen Tätigkeit drängt. Selbst in der Duma der Junker und der Kapitalisten wurde demnach die staatsretterische Haltung des Minister Massenmörders nicht genügend gewürdigt.

Soziale Rundschau.

Die Tabakarbeiter-Entschädigungsfrage

wurde u. a. auf dem Freitag, den 12. November, in Berlin abgehaltenen außerordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Tabakvereins (Fabrikantenorganisation) verhandelt. Referent Fritz Wiermann-Bremen berichtete über die Verhandlungen mit dem Staatssekretär des Reichsschatz-amtes, daß in dieser Konferenz nicht die Ausführung des Absatz 11 a des Tabaksteuergesetzes den Gegenstand der Besprechung gebildet habe, sondern daß man sich im Reichsschatzamt mit der Vertretung der Tabakindustriellen darüber unterhalten wolle, ob und wie die Arbeiterentlastungen vermeidlich seien, und namentlich, ob nicht die Verschleuderung der Beschäftigungs-gelder besetzt werden könne. Die zu der Besprechung ein-geladenen Vertreter der Tabakindustriellen mußten hierauf ant-worten, daß sie leider keinen Weg sähen, wie sich dies ernd-lichen ließe. Die vom Reichsschatzamt angereagten Abhilfe-mittel wurden von den Vertretern dieser Behörde selbst als in-angenehm anerkannt, nachdem ihnen die Verhältnisse der Zigarrenfabrikation sachmännlich erläutert wurden. Der Re-ferent empfahl, die Produktionsbeschränkung so weit als eben möglich zu vermeiden.

In dieser Referat schloß sich eine längere Debatte. In dieser wurde auf die Schwierigkeit und das außerordentliche Risiko hingewiesen, das mit einer Ueberfüllung der Lager von fertiger Ware für die Fabrikanten namentlich jetzt und so lange verbunden sei, bis sich der Konsum an die neuen Verhältnisse gewöhnt habe. Der Referent erklärte, daß die Vertreter der Tabakindustrie im Reichsschatzamt darauf hingewiesen hätten, daß die der Reichsregierung so unwillkommenen, aber von Tabakgewerbe vorausgesagten Wir- kungen des Gesetzes wesentlich vermindert worden seien durch die mit hallosten Mägenexemplen unterstützten Geheeren, die ein großer Teil der Presse gegen die Tabakgewerbetreibenden dadurch veranfaßte, daß sie die geforderten Preisab- schläge als unberechtigt bezeichneten. Mit Genugtuung nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß die Vertreter des Reichs- schatzamtes versprochen, diesen Angaben allerorten entgegen- zutreten.

Die „soziale“ Tätigkeit des Bundes der Industriellen.

Der Bund der Industriellen beschloß in seiner letzten Ge- samtvorstandssitzung, durch eine Eingabe an die zuständigen Stellen auf Verbesserung des Entwurfes der Reichsversicherungs- ordnung, namentlich auf die Erhaltung der Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften hinzuwirken, dagegen von einem Antrag auf Zurückstellung abzusehen. Es soll der Fortfall der Ver- sicherungsämter und die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Berufsgenossenschaften, sowie der Betriebskrankenkassen und der freien Hilfskassen in der Krankenversicherung beantragt wer- den. Von einer näheren Beratung des Gesetzentwurfs über Arbeitskammern und der Novelle zur Gewerbeordnung wurde abgesehen, weil es noch nicht feststeht, ob und in welcher Form diese Vorlagen dem Reichstage wieder zugehen werden. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß das Problem der Heim- arbeit mit äußerster Vorsicht anzufassen sei, um nicht mehr Scha- den als Nutzen zu stiften. Unter dem Schaden und Nutzen ver- stehen die Herren vom Bund natürlich nicht Schaden und Nutzen der Heimarbeiter, sondern nur ihre eigenen Selbstschadensinteressen. — In den Gesamtvorstand des Bundes ist übrigens auch der bekannte Scharfmacher Kommerzienrat Meent in Altona ein- getreten.

Die Gewerbeverordnetenwahl in Greifswald fand Montag nach dem Verhältniswahlsystem statt. Das Gewerkschaftsartell er- hielt 200—210 Stimmen und 7 Beisitzer, die Dirsh-Dunder- 43—53 Stimmen und einen Beisitzer.

Gewerkschaftsbewegung.

Die preussische Regierung als Helferin der Scharfmacher.

Die preussische Regierung stärkt die Scharfmacher- organisationen; das ist die neueste Leistung preussischer Regierungskunst. Hatte sie bisher den rechtlich einwand- freien Grundlag verfochten, daß sich Innungen den Unter- nehmerverbänden nicht anschließen dürfen, so hat der gegenwärtige preussische Handelsminister Sydow da- mit gebrochen, indem er in einem Erlaß erklärt, daß den Innungen der Beitritt zu diesen Verbänden gestattet sei. Dieser Erlaß steht im direkten Widerspruch mit der Ge- werbeordnung, die in ihrem § 81a Ziffer 2 als Aufgabe

der Innungen ausdrücklich bezeichnet die „Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen“. Am nun um diese gezielte Klippe herum- zukommen, unternimmt der preussische Handelsminister geradezu groteske Manöver. Der Mann, der die sozialen Vorgänge doch wenigstens einigermaßen kennen soll, be- hauptet nämlich, daß sich „ein großer Teil der Unter- nehmerverbände aus Kampforganisationen mehr und mehr zu Organisationen umgestaltet“ habe, die „in ge- meinschaftlicher Arbeit mit den Organisationen der Ar- beitnehmer die zwischen diesen und den Arbeitgebern be- stehenden Interessengegensätze auszuglei- chen und dazu beizutragen bemüht sind, daß an Stelle des Kampfes ein auf gerechter Grundlage beruhendes friedliches Zusammenwirken zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zustande kommt“.

Das wird in dem Augenblick gesagt, da die Bau- arbeiter, die Holzarbeiter, die Maler usw. vor den heftig- sten Tarifkämpfen stehen, da die Zeichenfarbmacher die Gabel des Zwangsarbeitsnachweises über den Gruben- schloten schwingen, da die Metallindustriellen die Arbeiter mit schwarzen Listen durch das Land hegen und mit allem Eifer die gelben Sumpfpflanzen züchten. Das alles braucht aber ein preussischer Handelsminister nicht zu wissen.

Die frühere Auffassung des Handelsministeriums, die in einem Erlaß des Ministers Möller vom 20. Januar 1903 zum Ausdruck kam, mußte sehr richtig auf dem oben angezogenen § 81a Ziffer 2 der Gewerbeordnung. In dem Erlaß war gesagt, daß eine Schneiderinnung nicht dem Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe beitreten dürfe, weil aus dessen Sta- tuten klar hervorgehe, daß er „ein Kampfverein gegen- über der Organisation der Arbeitnehmer“ sei. Ein Bei- tritt zu diesem Verband widerspreche also der Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen. Die Unternehmerverbände haben sich seitdem aber um kein Jota nach der Richtung geändert, die Sydow feststellen zu können vermeint. Im Gegenteil haben sie alle ihre Kampfstellung gegen die Arbeiterschaft Schroffer hervorgehoben denn je. Man braucht nur die Verträge anzusehen, die den Mauren, den Malern usw. vorgelegt worden sind, braucht an die brutale Gewalt- politik der Zeichenbarone zu erinnern, um sich klar zu sein, daß von einem „Ausgleich der Interessengegensätze“, von einem „friedlichen Zusammenarbeiten“ gar keine Rede sein kann. Und die Unternehmerverbände haben gar nicht die Absicht der friedlichen Arbeit und des Aus- gleichs. Herrschen wollen sie, über der Arbeiterschaft die Krone schwingen! Das ist der Zweck ihres Zusammen- schlusses in den Verbänden. Um ihr Ziel zu erreichen, brauchen sie aber ein geschlossenes Unternehmertum, brauchen sie Organisationen, in denen die Großen auch die Kleinen an der Kandare haben, die Kleinen, die jetzt in den Innungen noch manchmal aus der Reihe tanzen. Und deshalb müssen die Innungen in die Scharfmacher- organisationen. Der Handlanger des Großkapitals aber, der augenblicklich den Sessel des preussischen Handels- ministeriums brüht, mußte den „gezielten“ Weg dazu eben eingedenk des Hofadownstijshen Wortes: Meine Herren, wir arbeiten doch nur für Sie! —

Leipzig und Umgebung.

Nochmal die „nationalen“ Bureaubeamten.

Neuerdings sind in verschiedenen hiesigen und auswärtigen Blättern „Stimmen aus dem Referat“ laut geworden, die sich mit einer vom Verband Deutscher Bureaubeamten zu Leipzig, Kreisverein Leipzig, vor kurzem im hiesigen Lehrervereinssaal veranstalteten öffentlichen Versammlung der Bureaubeamten beschäftigten. In diesen Notizen wird der unterzeichnete Ver- band in unflätiger Weise angegriffen. Selbstverständlich sind diese Auslassungen, hinter denen wir mit Recht der Leitung des Leipziger Verbandes nahestehende Personen vermuten, anonym erfolgt, denn mit ihrem Namen zu zeichnen, das ist diesen Leuten zu riskant. Weil der Leipziger Verband in der oben erwähnten Versammlung gar zu erbärmlich abgehandelt hat, was selbst von seinen eigenen Anhängern unumwunden zu- gegeben wird, deshalb versucht er jetzt, durch entstellte Berichte seine Niederlage wettzumachen, eine Taktik, die er schon seit jeher verfolgt. Auf die von unsern Mitgliedern in der Versammlung angeführten Tatsachen, daß der Leipziger Verband seit seinem Bestehen (1887) immer nur bemüht gewesen ist, bei den Arbeitgebern ja nicht anzukommen — eine Tatsache, die selbst von dem Vorsitzenden des Leipziger Ver- bandes auf dessen letzter Generalversammlung im vorigen Jahre ausdrücklich bezeugt worden ist — daß er durch sein unflüchtiges Vorgehen (u. a. Unterdrückung von Reichstags- kandidaten 1907, die dann als Abgeordnete den Kollegen die neuen indirekten Steuern mit aufgebahrt haben, die gegen die

„Durch de Kauferei bist selm strafmähig, wenn er die o'zoagt.“
„Soll i mi hi'steh und mi g'rad schlecht macha laßen?“
„I hab' 's Recht it, daß i dir was ei'red'; dös muagt selm ausmachu.“
„Kloiber, du muagt ma'r an G'fallen toa.“
„Was nacha?“
„I geh zum Pfarrer 'nauf, und du muagt mit an Zeug'n macha.“
„I tua's it gern, Schuller.“
„Warum? I hab' g'moant, du bist it bei dena, de si aufhejen lassen.“
„I lass' mi net aufhejen; i hab' nix gegen di, und i hab' nix geg'n an Pfarra.“
„G'rad desweg'n möcht i, daß d' mitgehst. Du muagt it moana, daß du Partei nehma sollst.“
„I hätt' am liebsten mit dera Sach' nix g'toa. Dös is 'wider für an jed'n, der si d'rei mischt.“
„I to it alloa aufgeh'. I muagt an Pfarra frag'n, was dös is mit dem Zettel, und da brauch' i an Zeug'n. Den G'fallen tat i an jed'n, und bal's mei Feind waar.“
„I sag' dir's, wie's is, Schuller. I bin it bei Feind.“
„I tat di net plag'n und gang zum Hartzschneider. Aha es muagt oana sei, der dös jetzt g'hört hat vom Hierangl.“
„I geh' mit, bal's dir recht is,“ fiel der Paulmann ein.
„Aha du muagt de Klag' geg'n mi gut sei lassen.“
„Dös hat a so toan Wert nimmer. Wo dir will i nix; jezt muagt i allawei geg'n an Hierangl streiten.“
„Nacha bleib' i bei mein Wort steh'. Wann willst aufi zu'n Pfarra?“
„Jezt glei. I wart' loa Minuten nimma, bis i dös woach.“

Der Kloiber nahm seinen Hut. „Mit san nacha firtl mit dem Sühneveruch, Herr Lehrer?“
„Ja.“
„Werd dös it g'schrieb'n, daß der Schuller nimmer klagt geg'n mi?“ fragte der Paulmann.
„Ich kann es schon schreiben,“ antwortete Stegmüller.
„Also der Bürgermeister und der Paulmann haben sich verglichen. Mit dem Hierangl war der Sühneveruch erfolglos.“
Der Kloiber unterschrieb.
Dann sagte er: „Du muagt mit net falsch versteh', Schuller. I hab' mi net g'weigert, weil i was hab' geg'n di. Durchaus gar it.“
„I woach scho. Pfilat di Good!“
Der Schuller ging geraden Wegs in den Pfarrhof, und der Paulmann hatte Mühe, mit ihm Schritt zu halten. Diese Eile war ihm nicht lieb; denn je näher sie an das Ziel kamen, desto stärker regte sich in ihm der Zweifel, ob seine Bereitwilligkeit nicht eine neue Dummheit gewesen sei. Der hochwürdige Herr war leicht beleidigt und meinte immer, daß man es an der nötigen Achtung fehlen lasse. Er merkte sich alles und zahlte es heim. Deswegen war der Kloiber der Ge- scheiterte gewesen, wenn er dachte, was ihn nicht brenne, das blase er nicht.
„Moanst it, daß mir erst im Na'mittag aufi geh' soll'n? Wer woach, ob's d' 'n jezt trifft.“
„Na; er is gwilz dahooam.“
Sie kamen an den Gartenzaun. Da blieb der Paul- mann stehen und sagte: „Du muagt mir wasprechen, daß d' it streit'st mit'n Herr Pfarra. Sinscht geh'n i net mit.“
„I hab' bloß a Frag', und mehra net.“

„Aha balst wieder zorni werst, nacha bleib i net.“
„I wer net zorni.“
Der Schuller zog an der Glocke. Da überlegte der Paulmann noch einmal, ob er nicht umkehren solle. Aber er hatte keine Zeit mehr für seine Zweifel; die Türe öffnete sich vor ihnen, und sie traten ein. Heute schritt der Schuller nicht so laut über die Steinfliesen, wie selbigesmal, als er für sein Heidenkind ein chrlisches Grab wollte.
Und die Englein flüchteten nicht durch die Fenster. Sie sahen auf ihren Feind herunter und lächelten schaden- froh. Denn sie halten es mit Pfarrer und Kirche, wie es ihrer Stellung angemessen ist.
Andreas Wöst konnte sie und ihre Freude nicht sehen; aber er fühlte, daß durch alle Nigen und Schlüssellöcher boschaste Blicke sich auf ihn richteten, und es war ihm sonderbar zumute. Es atmete sich schwer da herin in dem hochgewölbten Gänge.
Run waren sie oben; er machte den Finger krumm um anzuklopfen.
„Daß d' sei it streit'st,“ flüsterte der Paulmann.
Der Schuller gab keine Antwort und klopfte. Scharf und knapp tönte das Herein!
Paulmutter hatte die zwei schon gesehen, als sie sich dem Garten näherten.
Es leuchtete ihm sofort ein, daß heute die Sprache der Liebe nicht wohl angebracht sei.
Er blätterte in einem Gebetbuche, indem er der Türe den Rücken zulehrte. In dieser Stellung blieb er, als die beiden eintraten.
„Gut Morg'n, Herr Pfarrer!“ sagte der Schuller.
Der Paulmann schwieg; er wollte sich nicht gleich bemerklich machen. (Fortf. folgt.)